

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	42. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	26. September 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

26.

Punkt 26 der Tagesordnung: Gute Arbeit - zukunftsfähige Stadtverwaltung: Berufliche Integration von Geflüchteten bei kommunalen Ämtern/Betrieben
Antrag: GRÜNE
Vorlage: 2017/0516

Beschluss:

Verwiesen in Personalausschuss

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 26 zur Behandlung auf.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Vielen Dank an die Verwaltung für die ausführliche und engagierte Antwort. Diese Antwort macht nach unserem Empfinden deutlich, dass die Verwaltung dem Ziel, geflüchtete Menschen zu integrieren, positiv gegenübersteht und dafür schon einiges getan hat. Dazu zählen auch die gute Netzwerkarbeit und das Nutzen von vorhandenen Strukturen. Von daher sehen wir es ebenfalls wie die Verwaltung als sinnvoll an, sich dem Werbeprojekt nicht anzuschließen, das ist dann einfach nicht notwendig. Es wird wohl eher um den weiteren Ausbau schon vorhandener Strukturen gehen. Das 16 geflüchtete Menschen ein Praktikum machen konnten, ist eine Leistung. Ein ausdrückliches Dankeschön an die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, denn klar ist, dass die Betreuung aufwendig ist, es gibt rechtliche Unklarheiten über den Status, das ist immer ein ganz großes Problem und natürlich die Sprachprobleme. Wir freuen uns, dass zwei Menschen eine Ausbildung bei der Stadt anfangen, denken allerdings auch, dass uns das zu wenig ist, das könnten und müssten mehr Menschen sein, die ausgebildet werden und dadurch ein Ziel erhalten. In Karlsruhe sind zwar relativ wenig Geflüchtete, die für eine Ausbildung in Frage kämen, aber die Verwaltung hat merkwürdigerweise nicht beschrieben, dass schon gerade um die Ecke, in Eggenstein, in Rheinstetten, rings um Karlsruhe, teilweise sehr nah, Hunderte von Flüchtlingen wohnen und teilweise schon zwei Jahre unbeschäftigt sind. Viele von ihnen sind es gewohnt, jeden Tag von Ittersbach, Sulzfeld und so weiter nach Karlsruhe zum Deutschunterricht zu fahren. Sie kennen sich in Karlsruhe aus, also kein Problem, diese für eine Ausbildung zu gewinnen. Ob sich die Stimmung in unserem Land in Richtung Toleranz und Offenheit oder in Richtung Angst vor Fremden entwickelt, wird stark davon abhän-

gen, das wissen wir auch, ob die Integration der Geflüchteten gelingt. Da hat die Stadt eine Vorbildfunktion, das können wir der Wirtschaft nicht überlassen. Hinzu kommt, dass wir die Frage des Facharbeitermangels energisch anpacken müssen, und auch dafür brauchen wir Angebote für geflüchtete Menschen. Allerdings natürlich nicht in der Verwaltung oder in Erzieherberufen oder wo es um Sprache geht, das ist ja klar. Aber was ist mit dem Gartenbauamt, dem Forstamt, dem Amt für Abfallwirtschaft und so weiter, den Ämtern, die auch Praktikanten hatten. Die Verwaltung hat deutlich gemacht, dass es zusätzlicher personeller und finanzieller Ressourcen bedarf, um mehr Geflüchtete in Ausbildung zu bringen und um Projekte und Netzwerke auszubauen, das sehen wir auch so. Wir wissen alle, dass eine gute Integration nicht kostenlos zu haben ist. Das wäre eine Illusion, und da muss man auch mal aus den Fehlern lernen, die bei den sogenannten Gastarbeitern, die in den 60er Jahren gekommen sind, gemacht worden sind. Die Integration soll auch nicht auf dem Rücken der städtischen Mitarbeitenden erfolgen.

Danke auch für den Verweis der Verwaltung, dass auch schon das Projekt Inklusion viele Kapazitäten bindet, um das Gesamte sehen zu können. Wir schlagen vor, dass die Verwaltung für den Personalausschuss ein Konzept erarbeitet. Wie viel Geflüchtete möchte die Stadt in den nächsten Jahren in Ausbildung bringen oder durch Praktika qualifizieren, also Ziele formulieren. Ist es dafür notwendig, bestehende Netzwerke zu verstärken? Was soll geschehen, wenn das vom Land geförderte PIAF Ende 2017 nach unserem Wissen ausläuft? Welche personellen und finanziellen Ressourcen sind notwendig, um Geflüchtete auszubilden oder an Praktika zu bringen? Außerdem halten wir es für sinnvoll, wenn sich das Personalamt mit den Verantwortlichen der Flüchtlingshilfe zusammensetzt, denn kaum jemand kennt sich in diesem Bereich so aus wie die Flüchtlingshilfe. Vielen Dank für eure wertvolle Arbeit in diesem Bereich. Auch den Migrationsbeirat sollte mit einbezogen werden. Wir sind gespannt auf die Antwort des Personalausschusses.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Menschen, die in unser Land kommen und dauerhaft bleiben, wenn sie einen rechtlichen dauerhaften Aufenthaltsstatus haben, zu integrieren, dass sie soweit sind, sich selbst mit Lohn und Arbeit zu ernähren und für ihren Lebensunterhalt aufzukommen und eine eigenständige Existenz führen können, liegt uns auch am Herzen, das ist uns wichtig. So stellen wir als CDU uns Integration vor. Gleichwohl wollen wir auch den Einzelfall betrachten, und die Situation der Stadt Karlsruhe, die wir hier eben auch anders sehen als Duisburg, das ist bislang die einzige größere Stadt, die dieses Projekt der ver.di jetzt umsetzt oder angegangen ist. Ergebnisse liegen aber da noch nicht vor, denn Karlsruhe ist zunächst einmal Landeserstaufnahmestelle. Das heißt, in unserer Stadt werden zunächst mal die Flüchtlinge im Rahmen der Erstaufnahme aufgenommen und werden dann nach einer gewissen Zeit eben nach einem vorübergehenden Status weitervermittelt, sofern ihre Anträge auf Asyl anerkannt werden, das ist die erste Voraussetzung. Damit komme ich auf einen rechtlichen Kreislauf, der sich dem anschließt, denn um dann beschäftigt werden zu können, um eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, das setzt voraus, dass ich auch einen Aufenthaltsstatus habe oder einen Aufenthaltstitel habe. Das ist bei jemand, der zunächst als Flüchtling gekommen ist und dessen Asylantrag und Verfahren noch geprüft wird, nicht der Fall. Eine Beschäftigung ist, bevor das andere Verfahren nicht abgeschlossen ist, rechtlich so nicht möglich. Dann ist es so, dass die Menschen an die Landkreise überführt und wei-

tergegeben werden. Wenn Sie von Eggenstein sprechen, das ist Landkreis, ist also nicht mehr Erstaufnahmestelle, die Situation ist dann eine andere. Ein weiterer Punkt ist, dass dieser Antrag, würde die Verwaltung dem in der Gänze Folge leisten, zur Folge hätte, dass es letztlich auf mehr Stellen bei der Stadtverwaltung oder bei den städtischen Gesellschaften, wo immer Sie auch Kapazitäten für Beschäftigung schaffen wollen, hinaus läuft. Da haben wir uns im Doppelhaushalt eine Einsparung vorgenommen. Wir haben jetzt schon Probleme Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gesellschaften und bei der Stadtverwaltung bei Krankheiten mit Vertretung und so weiter zu versorgen. Dort zusätzliche Stellen zu schaffen oder diese irgendwo unterzubringen, da haben wir Probleme. Sich da wie gesagt, auch wenn es von Ihrer Zielgebung und Motivation gut gemeint ist, noch weitere zu schaffen, wäre zu diesem Zeitpunkt nicht fruchttragend. Insofern würden wir das ablehnen oder eben gegebenenfalls könnten wir uns vorstellen, dass man das Ganze in den Arbeitsförderungsbetrieben noch mal diskutiert und sieht, was es da gibt. Aber die einzige Gruppe, die hier für Ausbildung in Betracht käme, sind die minderjährigen Flüchtlinge, für die die Stadt die Obhut hat, aber da ist auch erst mal die Schulausbildung und so weiter primär das, was wir im Fokus haben sollten.

Stadträtin Fischer (SPD): Zu Recht haben die Antragsteller erkannt, dass wir uns nicht an diesem Bundesprojekt von ver.di beteiligen müssen, weil wir tatsächlich hier in Karlsruhe sehr gut aufgestellt sind. Ich habe das auch so wie die Antragssteller empfunden, die Antwort der Verwaltung gab Gelegenheit, allen Stadträten mal deutlich zu machen, die nicht in entsprechenden Gremien sind, was in unserer Stadt alles geleistet wird, von den ganz unterschiedlichen Netzwerken. Dafür möchte ich mich auch im Namen unserer Fraktion noch mal ganz herzlich bei allen städtischen Ämtern, den sozialen Trägern, IHK, Handwerkskammer und wer da alles noch dazu gehört bedanken.

Das Hauptproblem bei dieser ganzen Angelegenheit, sei es die Arbeitsförderung insgesamt als auch die Unterbringung, oder die Beschäftigung von Geflüchteten, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen. Da müssen wir dringend etwas ändern, dass es leichter wird, Menschen, die bereit sind ihren gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, zu arbeiten, die Bedingungen zu erleichtern, das ist auch für diejenigen, die Unterstützung leisten, mitunter eine große Zumutung, alle diese Fallstricke in der Verwaltung und in den gesetzlichen Rahmenbedingungen zu durchforsten. Deshalb sollten wir den Bund und das Land weiter auffordern, hier praxistaugliche Instrumente uns zu liefern, damit wir die Arbeit, die wir hier vor Ort wirklich erfolgreich leisten, weiter leisten zu können. Ich sehe das wie die GRÜNEN, in der Verwaltungsvorlage wird es sehr deutlich gemacht, dass wir hier noch mehr tun müssen, da bin ich sehr offen dafür, dass wir eben diese gute Netzwerk- und Projektarbeit stärker fördern und erwarte, dass wir da einen Bericht bekommen, was alles mit welchen Ressourcen geleistet werden kann.

Stadtrat Jooß (FDP): Wie schon von Gisela Fischer gesagt, Hauptproblempunkt ist unsere Bürokratie. Ich denke, wir haben auch im Handwerk junge Leute, die wir ausbilden können und wollen, aber die Hürden sind im Bürokratiebereich zu hoch. Bei der Stadtverwaltung besteht auch noch Luft nach oben, und das bitte ich doch auszuschöpfen, denn hier sind wir näher an der Verwaltung dran als wir Handwerker, wir haben zwar Unterstützung von der Handwerkskammer oder vom Arbeitsamt, aber hier gäbe es noch Möglichkeiten nach oben.

Der Vorsitzende: Ich habe jetzt verstanden, dass wir dieses Projekt von ver.di nicht weiterführen, oder überhaupt nicht darauf einsteigen. Sie haben jetzt aber eine ganze Reihe von zusätzlichen Fragen an uns gerichtet, Frau Anlauf, dass ich denke, es wäre vielleicht sinnvoll, zu gegebener Zeit noch mal im Ausschuss darüber zu beraten. Was eine Grundsatzfrage ist, ob wir Sonderprogramme mit vorgegebenen Kontingenten an verschiedenen Stellen auflegen oder ob wir nicht lieber unseren Weg fortsetzen, den ich Ihnen auch empfehlen würde, zu sagen, unser normaler Umgang mit Anfragen für Praktika und Ausbildungsplätze und so weiter ist für alle offen und damit auch für Geflüchtete. Wir wollen jetzt keine Sonderkontingente oder Programme schaffen, wir müssen uns dann aber überlegen, wie gehen wir mit den dann erforderlichen zusätzlichen personellen Ressourcen um, die wir dafür brauchen. Darüber muss man noch mal schauen, wie man da eine Lösung findet und ob Sie bereit sind, dann diese Lösung mitzutragen. Wobei ich mich da von vornherein nicht auf bestimmte Ämter oder Gruppen festlegen wollte, weil wir eigentlich der Meinung sind, unsere Netzwerke sind so gut gestrickt, dass sie auch mit der Zahl von Flüchtlingen, wie sie sich bisher bei uns zeigen, zurechtkommen, zumal es auch dort eine Sozialbetreuung gibt entweder bei den Unbegleiteten über das Jugendamt oder bei denen, die aus den anderen Stellen kommen, zum Beispiel aus Eggenstein, die müssten eigentlich so einen Integrationsmanager vom Land gefördert bekommen, und der sollte sich darum kümmern. Ich habe immer ein bisschen Schwierigkeiten, wenn wir zu viele Doppelstrukturen schaffen. Wenn Sie mit der Tendenz, das vielleicht im Personalausschuss noch mal zur Diskussion zu stellen, einverstanden sind, würde ich das gerne dort vertiefen. Da sollten wir auch noch mal ein bisschen von der Erfahrung, die wir schon haben, berichten. Wenn Sie damit einverstanden wären, würden wir es mal mit Aufgabenstellung im nächsten halben Jahr dort auf die Tagesordnung setzen. Okay - das machen wir so.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten
19. Oktober 2017